



Stadtratsfraktion Wasserburg a. Inn

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Wasserburg a. Inn

Sprecher:

Christian Stadler
Marienplatz 25
83512 Wasserburg a. Inn

Tel.: 08071/6078

Mail: christian.stadler@gruene-wasserburg.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – STADTRATSFRAKTION WASSERBURG A. INN
Christian Stadler, Marienplatz 25, 83512 Wasserburg

Stadt Wasserburg a. Inn
Marienplatz 2
83512 Wasserburg a. Inn

15.07.2019

Antrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen - Wasserburg wird sicherer Hafen für Geflüchtete

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt hiermit Folgendes:

Die Stadt Wasserburg unterstützt die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ und deklariert sich im Rahmen dieser Initiative als „Sicherer Hafen“.

Als „Sicherer Hafen“ erklärt sich die Stadt Wasserburg mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch.

Die Stadt Wasserburg appelliert daher an die Landes- und Bundesregierung sowie an die heimischen Abgeordneten in Landtag, Bundestag und Europaparlament, sich künftig verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen – insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungspolitik – sowie auch dafür, dass Menschen in Seenot auf dem Mittelmeer gerettet werden.

Die Stadt Wasserburg erklärt sich außerdem bereit, aus Seenot gerettete Menschen direkt aufzunehmen und unterzubringen. Dafür wird die Verwaltung beauftragt, zusätzliche mögliche Unterbringungsmöglichkeiten zu finden und an den Landkreis zu melden.

Begründung:

Die jüngsten Vorgänge im Mittelmeer sind ein weiteres Armutszeugnis für die europäische Union. Europäische Regierungen stellen nicht nur die Seenotrettung ein, sondern verhindern auch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Seenotrettung und kriminalisieren diese sogar.

Sprecher:

Christian Stadler

Stellv. Sprecherin

Steffi König

Markus Hoefl



www.gruene-wasserburg.de

Die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ (nähere Infos: seebruecke.org) protestiert hiergegen zu Recht. Viele europäische Groß- und Kleinstädte haben sich bereits solidarisch gezeigt. Die Praxis der Abschottung und des bewussten Sterbenlassens an der EU-Außengrenze widerspricht allen Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte.

Reine Solidaritätsbekundungen ohne praktische Konsequenzen sind wirkungslos. Daher sollte sich die Stadt Wasserburg bereiterklären, ab sofort geflüchtete Menschen aus der Seenotrettung über den bisherigen Verteilschlüssel hinaus aufzunehmen.

In den letzten Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wasserburg bewiesen, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg sollte die Stadt weitergehen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Stadler
Fraktionssprecher